

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Donnerstag, 10. Mai 1984

Blatt 1056

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:  
(rosa) Grünbrücke über die A 22 im Rohbau fertig  
Mahlversorgung in Wien soll verbessert werden  
Taxikonzessionen werden geprüft  
Fröhlich-Sandner: Jugendpolitik Basis für  
künftige Entwicklung
- Politik:  
(rosa) Gratz: Gemeindeautonomie ohne Geld sinnlos  
Wien: Busek schlägt Regierungseintritt der  
Wiener ÖVP vor  
Stacher zur Diskussion um Sterbehilfe
- Lokal:  
(orange) "Donauinsel" und "Neue Donau" offiziell benannt
- Kultur:  
(gelb) "1984" - Festwochenausstellung im Museum des  
20. Jahrhunderts
- Nur  
über FS: 9.5. Wasserrohrgebrechen auf der Mariahilfer Straße  
10.5. Gedenkfeier für Schlacht bei Aspern  
Schwedische Kommunalpolitiker besuchten SMZ-Ost  
Pensionist bei Wohnungsbrand schwer verletzt

Grünbrücke über die A 22 im Rohbau fertig (1)

Utl.: Rautner: "Ein gutes Beispiel für die Straßenbaupolitik Wiens"  
=++++

4 #Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Der Rohbau der Grünbrücke über die Donauufer-Autobahn A 22 beim Islamischen Zentrum ist fertiggestellt. Bautenstadtrat Roman RAUTNER erklärte Mittwoch nachmittag bei der Gleichenseier, daß der Rohbau der Brücke zwei Monate früher als geplant fertiggestellt werden konnte, und daß die Gesamtbaukosten voraussichtlich um 10 Prozent unter dem Voranschlag von 130 Millionen Schilling liegen werden. Die Kosten werden zu 55 Prozent von der Republik Österreich und zu 45 Prozent von der Stadt Wien getragen.#

Die mehr als 200 Meter lange Grünbrücke, die eine durchgehende Bepflanzung erhalten wird, ermöglicht einen Übergang zum Erholungsgebiet am linken Ufer der Neuen Donau. Zugleich dient sie auch als Schallschutz. Nach der Isolierung des Brückentragwerks wird eine mindestens 60 Zentimeter hohe Vegetationsschicht aufgetragen werden. Es wird eine 4.500 Quadratmeter große Rasenfläche angelegt, auf weiteren 4.000 Quadratmetern werden rund 4.000 Sträucher und etwa 100 Bäume gepflanzt werden. Außerdem sollen Fußwege geschaffen werden.

Wie Bautenstadtrat Rautner feststellte, sind die Grünbrücke über die A 22 und die Donauufer-Autobahn selbst gute Beispiele für die Straßenbaupolitik der Stadt Wien. Der Verkehr soll in leistungsfähigen Straßen gebündelt werden, um Wohngebiete vom Durchzugsverkehr zu entlasten. Zugleich sollen die Anrainer solcher Straßen so gut wie möglich vor dem Verkehrslärm geschützt werden. Die Bündelung des Verkehrs in gut ausgebauten Straßen ermöglicht dann die Verkehrsberuhigung in den angrenzenden Wohngebieten.  
(Forts.) sc/gg

NNNN

Grünbrücke für die A 22 im Rohbau fertig (2)

Utl.: Auch Straßenbrücke über die A 22 im Rohbau fertig

=++++

5 Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Die Grünbrücke hat eine lichte Weite von fast 37 Metern. Die beiden Richtungsfahrbahnen der A 22 sind durch eine Mittelwand getrennt. In jeder Richtung werden drei Fahrstreifen zur Verfügung stehen. Die lichte Höhe der Brücke beträgt 4,70 Meter über der Fahrbahn. Am donauaufwärts gelegenen Brückenende wird die Arbeiterstrandbadstraße hochgeführt, um eine Überquerung der Donauufer-Autobahn zu ermöglichen. Diese Rampenkonstruktion ist bis auf die Straßenbauarbeiten ebenfalls fertiggestellt. Die Straße kann allerdings erst bei der Eröffnung der A 22 bis zur Brigittenauer Brücke im Sommer 1985 für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden, da der Straßenteil im Bereich des linken Ufers der Neuen Donau bis dahin für den Umleitungsverkehr benötigt wird. Der Gehweg im Zuge der Arbeiterstrandbadstraße wird jedoch voraussichtlich bereits in zwei Monaten benützt werden können.

Der Aushub für den Tunnel betrug rund 40.000 Kubikmeter. Es wurden rund zweitausend Laufmeter Bohrpfähle gesetzt. Durchschnittlich waren auf der Baustelle 40 Arbeiter beschäftigt. Der Bezirksvorsteher von Floridsdorf, Kurt LANDSMANN, dankte allen Beteiligten für die rasche Verwirklichung des Projekts und hob hervor, daß es gelungen ist, die Bauarbeiten ohne wesentliche Belästigung der Bevölkerung durchzuführen. Er begrüßte die Absicht, neben der Grünbrücke einen Festplatz für Veranstaltungen der Floridsdorfer zu schaffen. (Schluß) sc/ko

NNNN

"Donauinsel" und "Neue Donau" offiziell benannt

=++++

6 Wien, 10.5. (RK-LOKAL) Die "Donauinsel" und die "Neue Donau" bekamen nun auch offiziell jene Namen, die ihnen die Wiener schon lange gegeben haben. Das beschloß der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport in seiner Sitzung am Donnerstag.

Der Park beim Franz-Josef-Spital in Favoriten wird nach dem amerikanischen Friedensnobelpreisträger Martin Luther King benannt, der ehemalige Sozialminister Gerhard Weissenberg ist Namenspate der städtischen Wohnhausanlage Pillergasse 16 - Hofmoklgasse 2 in Wien 15.

Weitere Benennungen:

Städtische Wohnhausanlage Schüttelstraße 19, 2. Bezirk, in "Robert-Erber-Hof" (Gemeinderat und Volksbildner);

Städtische Wohnhausanlage Rainergasse 4-6 (4. Bezirk, in "Franz-Ramel-Hof" (Bezirksvorsteher);

Städtische Wohnhausanlage Favoritenstraße 8 (4. Bezirk, in "August-Bergmann-Hof" (Bezirksvorsteher-Stellvertreter);

Städtische Wohnhausanlage Laxenburger Straße 90 A und 90 B, 10. Bezirk, in "Hermine-Fiala-Hof" (Gemeinderätin, Präsidentin der VHS Favoriten);

Städtische Wohnhausanlage Engerthstraße 60-74, 20. Bezirk, in "Otto-Gratzl-Hof" (Gemeinderat);

Städtische Wohnhausanlage Brigittaplatz 9, 20. Bezirk, in "Karl-Michal-Hof" (Bezirksvorsteher);

Städtische Wohnhausanlage Saikogasse - Eipeldauer Straße - Anton-Sattler-Gasse, 22. Bezirk, in "Rudolf-Köppl-Hof" (Bezirksvorsteher);

Unbenannte Verkehrsfläche von der Saltenstraße zur Lannesstraße, 22. Bezirk, in "Grohmannstraße" nach dem Alpinisten Paul Grohmann. (Schluß) gab/ko

NNNN

Nahversorgung in Wien soll verbessert werden (1)

Utl.: Versorgungssituation wird exakt erhoben

=++++

7 #Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Die Realisierung der Forderung von Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL, für alle Teile Wiens eine ausreichende Versorgung zu angemessenen Preisen in einer zumutbaren Entfernung vom Wohnort zu garantieren, wird jetzt in Angriff genommen. Der von Stadtrat Seidl gebildete Wiener Konsumentenbeirat startete diese Woche eine Nahversorgungsuntersuchung, deren Ergebnisse Aufschluß darüber geben sollen, wo im Detail Nahversorgungslücken bestehen. Jeder Wiener Haushalt wird einen Fragebogen bekommen, in dem vor allem die Versorgungssituation mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfes, wie Brot, Fleisch, Milch usw. ermittelt werden soll. Aber auch der Bedarf an Lebensmitteln, die nicht täglich gekauft werden (Teigwaren, Zucker, Getränke, usw.) wird berücksichtigt. Werden Lücken in der Nahversorgung festgestellt, sind verschiedene Formen der Verbesserung denkbar. Stadtrat Seidl konkretisierte Mittwoch abend in einer Pressekonferenz: Gründung neuer Geschäfte, Ausweitung von Gewerbeberechtigungen, temporäre Märkte, mobile Läden oder auch Zustelldienste.#

Zwtl.: Nahversorgungserhebung startet in Simmering

Es ist dies nicht die erste Untersuchung, die sich mit der Nahversorgung in Wien beschäftigt. Da jedoch bei diesen Erhebungen bis jetzt immer davon ausgegangen wurde, ob die Voraussetzungen für die Neugründung eines Geschäftes oder Betriebes gegeben sind, sollen jetzt erstmals die Konsumenten nach ihren Bedürfnissen befragt werden. Die erste Runde der Nahversorgungsumfrage wird in Simmering gestartet, weil dieser Bezirk alle wichtigen Besiedlungsstrukturen der Stadt aufweist. (Forts.) lei/ko

NNNN

Nahversorgung in Wien soll verbessert werden (2)

Utl.: Konsumentenfreundliche Fragebögen

=++++

8 Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Damit der für die Erhebung der Nahversorgungssituation verwendete Fragebogen gut lesbar ist und auch vor allem von älteren Menschen ohne Probleme ausgefüllt werden kann, wurde auf eine computergerechte Gestaltung verzichtet. Da die Auswertung der Fragebögen dadurch zeitaufwendiger ist, wird die Befragung in mehreren Runden durchgeführt. Dadurch sollen auch möglichst rasch erste Maßnahmen gesetzt werden können.

Alle Simmeringer Haushalte finden diese Woche im Postwurf "Wien unsere Stadt" einen Fragebogen samt Rücksendekуверт vor. Es ist sehr wichtig, daß sich möglichst viele Simmeringer an der Befragung beteiligen, weil nur so die Versorgungslage exakt festgestellt und notwendige Abhilfen gesucht werden können, erklärte Stadtrat Seidl. Die Befragung ist anonym, für die Standortbestimmung ist jedoch die Angabe der Wohnadresse (bei großen Wohnhausanlagen auch die Stiege) notwendig. Die Fragebögen sollen bei Ende Mai ausgefüllt zurückgeschickt werden. Sollte im 11. Bezirk ein Haushalt im Heft "Wien unsere Stadt" keinen Fragebogen vorfinden, wird ein solcher bei Reklamation (Wiener Konsumententelefon, 42 44 11) rasch und kostenlos zugeschickt. (Schluß) lei/gg

NNNN

Gratz: Gemeindeautonomie ohne Geld sinnlos

=++++

9 Wien, 10.5. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Wohl gebe es auch Auffassungsunterschiede zwischen Städte- und Gemeindebund, aber es gebe letztlich mehr Verbindendes als Trennendes zwischen diesen beiden Organisationen, betonte Mittwoch abend Wiens Bürgermeister Leopold GRATZ als Präsident des österreichischen Städtebundes bei der Eröffnung des 34. österreichischen Städtetages in Bregenz.

Die Verfassungsgarantie für die Gemeindeautonomie nütze gar nichts, meinte Gratz, wenn nicht auch die finanzielle Autonomie gesichert sei. Nur zu oft habe man das Gefühl, daß wir alle nicht auf einem gemeinsamen Staatsgebiet leben, sondern daß Österreich 24 Millionen Einwohner habe: Acht Millionen Bundesbürger, acht Millionen Landesbürger und acht Millionen Gemeindebürger auf getrennten Gebieten. Man könne nicht vom Staatsbürger verlangen, die schwierige Kompetenzverteilung im Finanzausgleich zu durchschauen, betonte der Wiener Bürgermeister, sondern man müsse dem Bürger helfen.

Gratz wies auch darauf hin, daß Städte- und Gemeindebund zwei nicht in der Verfassung verankerte Vereine seien. Wenn man deshalb aber den Versuch unternehmen sollte, einen paktierten Finanzausgleich durch Ausschaltung dieser beiden Partner zu erleichtern, werde man auf gewaltigen Widerstand der Städte und Gemeinden stoßen. Dies sage er in vollem Bewußtsein des Umstandes, daß man vom Städtebund bisher leisere Töne gewohnt war, erklärte Gratz.

Schließlich forderte der Städtebundpräsident, daß alle vom Bund oder Land beschlossenen Gesetze mit finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden auch finanzielle Konsequenzen haben müßten: "Wer anschafft, soll auch zahlen". (Schluß) rö/gg

NNNN

Taxikonzessionen werden geprüft

=++++

10 #Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Wie am Donnerstag bekannt wurde, stehen einige Taxiunternehmen dringend in Verdacht, an den geeichten Taxametern betrügerische Manipulationen vorgenommen zu haben. Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL hat die Gewerbebehörde angewiesen, umgehend ein behördliches Verfahren zum Entzug der Taxikonzession wegen mangelnder Zuverlässigkeit einzuleiten. # (Schluß) lei/ko

NNNN



Wien: Busek schlägt Regierungseintritt der Wiener ÖVP vor (1)

=++++

13 Wien, 10.5. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Einen möglichen Regierungseintritt der Wiener ÖVP schlug Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK heute, Donnerstag in seinem Pressegespräch vor. Busek antwortete damit auf das von Bürgermeister Leopold GRATZ in der Landtagssitzung am Freitag gemachte Angebot zur Zusammenarbeit. Wie Busek meinte, stehe man in Wien vor einer Reihe von Problemen, die zur Lösung eine breite Basis benötigen. Die ÖVP sei in der Lage, in zahlreichen Bereichen - Busek nannte Wirtschaftspolitik, Stadterneuerung, Energiepolitik und Umweltschutz - glaubhafte Alternativen und Personen einzubringen. Dies sei jedoch kein Schwächeverzeichnis der sozialistischen Fraktion. Auf die Frage, wie die ÖVP sich ihren Beitrag vorstelle, antwortete der Vizebürgermeister, die SPÖ möge sich einfallen lassen, wie dies stattfinden kann. Weiter betonte Busek, er habe den Eindruck, daß Gratz ein Mann sei, dem es um die Substanz in der Politik gehe und der Aussagen treffe, die nicht nur mutig seien, sondern auch Bedeutung haben. Mit seinem Angebot, so Busek, wolle er die SPÖ dazu bringen, Farbe zu bekennen, sonst bleibe es stets bei "Überschriften". Entweder nehme man zur Kenntnis, daß es ein System Regierung/Opposition gebe, oder aber die Zusammenarbeit möge so erfolgen, wie es die Prinzipien der Bundesverfassung vorsehen.

Im Rahmen der Pressekonferenz wies Busek auch auf einen möglichen langen Verfahrensweg bei der Genehmigung von Hainburg hin und meinte, die entsprechende Entscheidung werde lange dauern und eventuell sogar bis zum Verwaltungsgerichtshof gehen. Nach letzten Informationen habe jedoch die DOKW die Arbeiten am Projekt Staustufe Wien eingestellt. Man stehe nun vor der Situation, daß für ein Projekt ein unendlich langes Verfahren zu erwarten und man beim anderen Projekt weit davon entfernt sei, Vorbereitungsarbeiten durchzuführen. Die Staustufe Wien werde jedoch zahlreiche Probleme bringen, die man rechtzeitig diskutieren müsse. (Forts.) hs/bs

Wien: Busek schlägt Regierungseintritt der Wiener ÖVP vor (2)

=++++

14 Wien, 10.5. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Außerdem wurde das neue Wiener Naturschutzgesetz in der ÖVP-Pressekonferenz kritisiert: verlangt wurde dazu die Schaffung eines Naturschutzanwalts, eines Naturschutzfonds, gesetzliche Festlegung einer Naturschutzplanung, stärkere Einbindung der Bezirke, grundsätzlicher Vorrang für den Naturschutz, das Naturschutzbuch als echte Informationsstelle und Informationen über den Schutz der Natur via Massenmedien. (Schluß) hs/ko

Stacher zur Diskussion um Sterbehilfe (1)

Utl.: Helfen BEIM Sterben, nicht Hilfe ZUM Sterben!

=++++

15 Wien, 10.5. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Im Rahmen eines Vortrages über die psychische Situation von Krebskranken nahm Mittwoch abend Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zur Diskussion über die Sterbehilfe Stellung. Bekanntlich hatte in der BRD der Arzt Prof. HACKETHAL einer schwer krebserkrankten Patientin Zyankali zum Selbstmord gegeben. Stacher bezeichnete diese Vorgangsweise als absolut unärztlich und meinte, daß damit dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet werden könnten.

"Wir Ärzte sind nicht dazu da, Patienten ZUM Sterben zu verhelfen, sondern ihnen, wenn es nicht anders geht, BEIM Sterben zu helfen." Letzteres ist sicher schwieriger und geschieht nicht immer in befriedigender Form.

Zwtl.: "Lebenswert" und "lebensunwert"?

Stacher wies aber auch auf die gesellschaftspolitische Bedeutung dieser Frage hin. "Wie kann es sich eine humane Gesellschaft leisten, unter Umständen auch nur einer Berufsgruppe die Macht zu geben, wieder zwischen "lebenswertem" und "lebensunwertem" Leben zu entscheiden? Es ist doch undenkbar, daß man bei der einen Gruppe alles tut, um sie vom Selbstmord abzuhalten und der anderen Gruppe die Möglichkeit gibt, daß sie sich rascher umbringen kann!"  
(Forts.) zi/ko

NNNN

Stacher zur Diskussion um Sterbehilfe (2)

Utl.: Aufklärung des Patienten

=++++

16 Wien, 10.5. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Konsequenz der derzeit sicher nicht immer befriedigenden Situation kann daher, wie Stacher erklärte, nur sein, schon beim Medizinstudium das ärztliche Bewußtsein für diese schwierige Aufgabe zu wecken und nicht nur im psychologischen Unterricht, sondern auch bei allen Lehrveranstaltungen darauf einzugehen. Dies gilt auch für die Frage, wie weit und wann man einen Krebspatienten über seine Krankheit aufklärt. Dies kann nicht mit ja oder nein bzw. sofort oder später beantwortet werden, sondern hängt vom Alter des Kranken, seiner psychischen und sozialen Situation zum Zeitpunkt der Diagnose, dem zu erwartenden Krankheitsverlauf und anderen Faktoren ab. Wesentlich ist, daß der Arzt den Patienten gut kennt oder kennenlernt, bevor er die Entscheidung darüber trifft. "Nichts wäre für einen Arzt leichter, als den Kranken die oft tödliche Diagnose zu sagen und diesen dann sich selbst zu überlassen. Das muß aber um jeden Preis verhindert werden, auch um den Preis, am Anfang lügen zu müssen", meinte Stacher wörtlich.

Zwtl.: Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit

Er unterstrich aber auch das Recht des Patienten, über seinen Zustand und seine Heilungschancen informiert zu werden. Wie, durch wen und wann dies erfolgen sollte, ist eine der schwierigsten Entscheidungen des behandelnden Arztes.

Abschließend sprach sich Stacher für eine breite Diskussion und Bewußtseinsbildung der Öffentlichkeit, und hier vor allem für alle medizinischen Berufe, aus. (Schluß) zi/gg

NNNN

Fröhlich-Sandner: Jugendpolitik Basis für künftige Entwicklung (1)

=++++

17 Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, Vorsitzendes des Arbeitskreises "Die Stadt und ihre jungen Bürger", stellte beim 34. österreichischen Städtetag in Bregenz fest, daß die Jugendpolitik Basis und Voraussetzung für die künftige Entwicklung sei. "Wenn es nicht gelingt, in den Jungen das Interesse an der Gemeinschaft zu wecken und ihnen entsprechende Bildung zu vermitteln, dann können auch die besten Angebote in allen anderen Bereichen nicht wirksam werden", sagte Gertrude Fröhlich-Sandner. Weiters stellte Wiens Jugendstadträtin fest, daß man der Jugend mehr Möglichkeiten geben solle, etwas zu verändern. Dieser Aspekt für die Situation der Jugend - die ein großes Bedürfnis nach Veränderung habe, dieses Bedürfnis aber nur sehr beschränkt ausleben kann - wurde auch in zahlreichen Wortmeldungen ausgedrückt. Eine weitere zentrale Rolle im Verlauf der Beratungen nahm die Frage von Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit ein.

Die im Arbeitskreis zur Sprache gekommenen vielfältigen Fragen werden im Jugendausschuß des Städtebundes weiter diskutiert. Fröhlich-Sandner stellte fest, daß man der Jugend begegnen und nicht nur entgegenen müsse, und sagte abschließend: "Was wir brauchen, ist Optimismus, nur Optimisten sind in der Lage, die Probleme, die auf uns zukommen, entsprechend zu lösen." (Forts.) emw/gg

Fröhlich-Sandner: Jugendpolitik Basis für künftige Entwicklung (2)

Utl.: Schieder: Demokratie braucht informierte Bürger

=++++

18 Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Eine Demokratie sei ohne informierte Bürger nicht funktionsfähig, erklärte Wiens Informationsstadtrat Peter SCHIEDER im Arbeitskreis "Bürger und Medien". Nur durch Information können die Bürger abschätzen, wie und wieweit sie ihr Leben selbst gestalten können. Ein Mangel an Information im öffentlichen Bereich würde bedeuten, daß man die Demokratie zwischen den Wahlen in Tiefschlaf versetze. (Schluß)  
rö/ko

NNNN

"1984" - Festwochenausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts

=++++

19 #Wien, 10.5. (RK-KULTUR) Vom 10. 5. bis 8. 7. ist im Museum des 20. Jahrhunderts die Ausstellung "1984 - Orwell und die Gegenwart" zu sehen, die das Museum Moderner Kunst im Auftrag der Wiener Festwochen zeigt. Die gesellschaftlichen Phänomene, Visionen, Ängste und Utopien, die Orwell zum Thema seines Romanes gemacht hat, in ihrer Darstellung durch zeitgenössische Künstler und das Thema der Ausstellung.#

Die Werke stammen von über hundert Künstlern aus 14 Ländern - von Kanada und den USA über die BRD und Österreich bis Polen und Ungarn.

18 Arbeiten wurden speziell für die Ausstellung geschaffen.

Die Ausstellung ist täglich, außer Mittwoch, von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis für Erwachsene beträgt 20 Schilling, Schüler, Studenten, Lehrlinge, Militär und Pensionisten zahlen die Hälfte, Schulklassen haben freien Eintritt. Der Katalog kostet 190 Schilling. (Schluß) gab/ko

NNNN